

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle . . . Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint mit Belagen. Es ist Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und anderer, Organ erwerbsloser Arbeiter. Schriftleitung: Dr. Wäckerle, Postfach 10, Halle. Verlags- und Druckerei: „Volksblatt“, Halle. Preis: 15 Pfennig. Abonnement: 1,20 Mark monatlich. Postamt: Halle. Postfach 10. Telephon: 24015, 24016, 24017, 24018. Verlags- und Druckerei: „Volksblatt“, Halle. Preis: 15 Pfennig. Abonnement: 1,20 Mark monatlich. Postamt: Halle. Postfach 10. Telephon: 24015, 24016, 24017, 24018.

Bezugspreis monatlich 1,20 und 0,30 Mk. Subskriptionsgebühr, insgesamt 2,10 Mk., für Abholer oder Briefträger 0,45 Mk. Volkswirtschaftl. 2,50 Mk., durch Postboten ausgehelt 2,50 Mk., bei direkter Einlieferung an den Bezugsnehmer 2,40 Mk. - Angelegenheiten 12 Bl. im Anzeigen- und 80 Bl. im Restenteil der Wäckerle, Verlagsgesellschaft. Dr. Wäckerle, Postfach 10, Halle. Preis: 15 Pfennig. Abonnement: 1,20 Mark monatlich. Postamt: Halle. Postfach 10. Telephon: 24015, 24016, 24017, 24018.

Massen-Empörung in Breslau gegen Polizei und Staatsanwaltschaft / Eine eindringliche Warnung an alle! Die Eisenerne Front wehrt sich entschlossen Schluß mit den Nazi-Mordtaten! / Schluß mit den blutigen Verbrechen, die ein „politisches“ Deckmäntelchen tragen

Seit dem Ende des Bürgerkriegs haben sich die nationalsozialistischen Mordtaten wieder gehäuft.

Das Wochenende hat an vielen Stellen des Reiches gezeigt, daß die Eisenerne Front entschlossen ist, sich gegen alle weiteren „nationalen“ Verbrechen zu wehren. In zahlreichen Städten sind die Arbeiterorganisationen der Eisernen Front anmarschiert, um der gefürchteten Öffentlichkeit zu zeigen, daß wir auch noch da sind! Um zu zeigen, daß der brutalen Gewalt ein Ende gemacht werden muß, daß die verantwortlichen Stellen nicht länger tatenlos sind, „nationalen“ Verbrechern zusehen können.

Aus den zahlreichen Kundgebungen der Eisernen Front wollen wir die aus Dresden hervorheben, wie fordern, daß die Aufstände und die Empörung der Massen beendet werden. Das ist das Ziel. Das ist die Aufgabe der Reichsregierung. Die Reichsregierung muß zeigen, daß sie die Verantwortung trägt!

Dresden, 8. Januar.

Eigener Bericht

Am Freitag gegen den verhassten Mord des SA-Mannes Kramczyk an dem sozialistischen Jungarbeiter Hanisch veranlaßte die Eisenerne Front in Breslau am Sonntag zwei überfüllte Massenversammlungen. Tausende aus den wertigsten Schichten der Bevölkerung waren dem Ruf der Sozialdemokratie gefolgt, um ihre Empörung über die Schandtat des politischen Bombenterrors Ausdruck zu geben.

Es lag große Erregtheit über beiden Kundgebungen, wie sie in ähnlichen Versammlungen der Breslauer Arbeiterfront im vorigen Jahr nach den schlimmsten Mordtaten der Nationalsozialisten kaum zu verzeichnen war. Der gefährliche Grad der Erregtheit, in dem sich die Breslauer Arbeitermassen gegenwärtig befinden, ist nicht allein durch das neue schreckliche Verbrechen ausgelöst worden. Er muß zum nicht unerheblichen Teil auf die Art zurückgeführt werden, mit der Polizei und Staatsanwaltschaft die Angelegenheit der sozialistischen Ermordung des Jungarbeiters Hanisch behandelt haben. Nachdem man zwei Tage lang aus logenarmer Rücksicht auf die Eltern den Namen des Mörders zu verheimlichen versuchte.

Die Staatsanwaltschaft setzt Arroganz und die beiden mit ihm festgenommenen SA-Leute aus der Haft entlassen, weil, wie es in einer Mitteilung der Justizprokuratorie heißt, das Verlegen eines dringenden Interesses der Körperverletzung mit tödlichem Ausgang, der allein die Vernehmung für einen Fallbestandteil sein könnte, nicht bestraft werden könne.

Die Breslauer Arbeiterfront hat diese auffällige Mißbeziehung gegenüber dem Mörder und seinen Kumpanen als unerhörte Herausforderung auf, durch die der politische Frieden in der schlesischen Hauptstadt schon zu Beginn des Jahres von den Behörden selbst in bedenklicher Weise aufs Spiel gesetzt wird.

In den Protestversammlungen der Eisernen Front am Sonntag sprachen je ein Vertreter der Partei, der Gewerkschaften, des Reichsbanners und der sozialistischen Arbeiterjugend.

Der Bezirksleiter der SA, Seidel, wies darauf hin, daß die Sicherheit, mit der die tödlichen Taten in die linke Brustseite des Hanisch geführt worden seien, den Verdacht aufkommen lasse, daß in der SA das Gelingen systematisch geübt werde. Weiter, der Führer des Breslauer Reichsbanners, erklärte, daß die Schuld an der Verschärfung des politischen Kampfes in Breslau der Polizei und der Justiz aufgebürdet werden müsse, denen es in erschreckender Weise an politischer Objektivität gebräche. Den Mörder von rechts werde das Gicht-

wort Rotweir regelrecht in den Mund gelegt. Der Jungbannermann Hentschel legte schon acht Monate gefahmt im Krankenhaus, ohne daß die von den Haftkreuzern an ihm verübte ruflose Tat eine Säure gefunden habe.

Der Vorsitzende des Ortsvereins Breslau der SPD, Ernst Zimmer, prangerte gleichfalls die offensichtliche Sympathie der Breslauer Polizei für die Nationalsozialisten an.

In der Angelegenheit der Ermordung des jungen Schüler im Juni vorigen Jahres hat der Parteitag der sozialdemokratischen Seite das Verdict des Täters mitgeteilt worden. Es müsse nunmehr in voller Öffentlichkeit festgestellt werden, daß man in Breslauer Polizeipräsidium von diesen Informationen wohl abichtlich keinen Gebrauch gemacht habe.

Die Behandlung des Falles Hanisch erklärte ich vor der gesamten deutschen Öffentlichkeit als einen unerhörten Skandal. Die Breslauer Polizei hält die Namen von Haftkreuzern geheim und die Staatsanwaltschaft läßt einen Mörder frei, von dem einwandfrei festgestellt, daß er ein Mörder ist. Die Sozialdemokratische Partei von Groß-Breslau erhebt gegen solche Willkür härtesten Einspruch.

Zimmer erklärte zum Schluß, die intellektuellen Urheber der furchtbaren Mordtat seien in der schlesischen Polizeizeitung zu suchen, deren Redakteure unter diesen Schlagzeilen berichteten, die rote „Polksmagd“ mit ihrem Gehebe trage die Verantwortung für den Tod des jungen Hanisch. Das tiefe moralische Niveau der Haftkreuzpresse kennzeichnete sich mit diesem Schmähartikel selbst. Hilfer, der die Unvollständigkeit seiner SA-Beschwerden habe, gehe ins Justizhaus.

Die beiden Protestkundgebungen der Eisernen Front mit ihrer Atmosphäre

höchster politischer Erbitterung haben wenige Tage nach dem schrecklichen Mord an dem Breslauer SA-Mann Hanisch die Wutsturm der deutschen Faschisten erneut vor aller Welt erwieben. Die maßlose Empörung der Breslauer Arbeiterbevölkerung mag den offenen und geheimen Feinden der Republik und der Freiheit eine letzte Warnung sein, den Weg zu überlassen.

Neue Breslauer Zusammenstöße Die Polizei geht einseitig vor

Breslau, 8. Januar.

Eigener Bericht

Am Sauses des Sonntags ereigneten sich in Breslau neue ernste Zusammenstöße. Nationalsozialistische Trupps besetzten an verschiedenen Stellen der Stadt Reichsbannerleute, die, um nicht einzeln überfallen zu werden, in Gruppen von der Kundgebung im Gomerichshausen in ihre Wohnungen zurückkehrten.

Die durch die Vorkommnisse der letzten Tage außerordentlich erregten Angehörigen der Eisernen Front setzten sich gegen die prosozialistische Haftkreuzer zur Wehr. Es kam mehrfach zu heftigen Auseinandersetzungen, in denen jeweils mehrere Personen verletzt wurden.

Wie zahlreiche Augenzeugen bezeugen, legte die Polizei bei diesen Vorfällen wieder eine auffällige Einseitigkeit an den Tag.

Der 21 Jahre alte Jungbannermann Henschel wurde von einem Beamten beim Verlassen der Kopf gefaßt, daß er eine schwere Schenkelverletzung erlitt. In beforgnisserregendem Zustand liegt Henschel im Krankenhaus. Ingesamt wurden am Sonntag neun Personen festgenommen.

Dapen bei Schleicher

Die Zusammenkunft zwischen Dapen und Schleicher, die zunächst erst Mitte der Woche stattfinden sollte, findet nunmehr bereits am Montag statt.

Ein feines Charakterbild Streichers Leisbube

Der Oberbürgermeister der NSDAP, der frühere Nürnberger Schüler Julius Streicher, dessen fittliche Qualifikation selbst Hitler öfters Kopfschmerzen gemacht hat, der durch seinen Röhren in diesem Punkte nicht besonders vermehrt ist, wird jetzt von der Nürnberger Naziopposition Punkt für Punkt entlarvt. Man erzählt bei dieser Gelegenheit, daß sich Streicher, trotz aller Judenfeindschaft, einen Heißbluten in Berlin gekauft hat. Das Hauptausgangspunkt an diesem Betriben war der mehrgedulde Goldbeute und zudem die schöne Frau. Man hört interessante Dinge über gemeinsame Zechereien, an denen Streicher und der Leisbube, ein Naziabteilungsabgeordneter und die Frau von Streichers Leisbube beteiligt waren. Späterhin ging die Freundschaft in die Brüche und Streicher beschuldigte in seinem Organ öffentlich seinen Egreunden, daß er 25000 Mark dem geboten habe, der Streicher ermorden wolle! Der Zuhörer freut sich dem Leisbuben — ein feines Charakterbild!

Die Nazi-Futterrippe

Weimar, 7. Januar.

Seit Jahren stellt der Kultusminister unter Reichsminister zweitausend Mark für bildende Künstler zur Verfügung. In diesem Jahr wurde dieses Geld zu verteilt: 600 Mark erhielt der Reichsverband bildender Künstler, 1000 Mark die Thüringische „Kulturzeile“ der Naziartei, 400 Mark bleiben zur Verfügung des Naziministers. Der Reichsverband zählt 200 Mitglieder. Er erhält also pro Kopf drei Mark. Die „Kulturzeile“ umfasst 30 Mann, die sich die 1000 Mark teilen, und die restlichen 400 Mark verteilt Herr Sautel an seine besonderen Nazi-Felllinge.

Dresden, 7. Januar.

Die Ermittlungen der Dresdener Staatsanwaltschaft im Vorfall Hentsch erlitten sich jetzt auch auf den Bombenanjchler, der im Sommer vorigen Jahres von Nationalsozialisten gegen die Volksbuchhandlung in Freiheit verurteilt worden ist.

Die Funkturspringer

Die Berliner Polizeibeamtin Charlotte L., die sich im November vorigen Jahres in selbstmörderischer Absicht von der Klafstern des Berliner Funkturms aus in die Tiefe gestürzt hatte und lebensgefährlich verletzt wurde, konnte durch ärztliche Kunst gerettet werden. Die Stagenbrücke liegt sämtlich geheilt. Die Beamtin wird auf ihren Arbeitsplatz zurückgeführt.

Sprengstoffurteil

Das Reichsgericht verurteilte den Reisenden Wagner und den Kraftfahrer Schellstien aus Hagen i. W. zu je 2½ Jahren, zwei Jungkommunisten namens Müller und Spor zu je 2 Jahren Justizhaus. Die Angeklagten haben im Mai 1932 aus dem Lager der Salomir-Werke (S. m. S.) in Hagen-Halpe über 100 Sprengstafteln und 10 Kilogramm Sprengstoff gestohlen.

Zwischen Sonntag und Montag

Zwei rheinische Organisationen erlassen aus Anlaß des Jahresfestes der Ruhrbesetzung einen Aufruf, der unter anderem von dem Oberbürgermeister Jores unterschrieben ist. In dem Aufruf wird an „nationalen“ Worten nicht gespart. Die deutsche Arbeiterklasse, die vor zehn Jahren auch in diesem Kampf ihre selbstverständliche Pflicht erfüllt hat, kann bei dieser Erinnerung zur Empörung darüber ausbrechen, daß es heute jaßlose angeblich „nationalen“ Leute gibt, die das alles vergessen haben. Für ihre wohlhablichen nationalen Stellungen im Krieg und danach muß die Arbeiterklasse als „antinationale“ beschimpfen lassen! Wir werden das nie und nimmer vergessen.

Das Zentralkomitee und die Zentralkommission der kommunistischen Partei der Sowjetunion sind zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengesetzt. Angefaßt der gegenwärtigen internationalen Lage ruft man sich die Frage, wie von Stalin geleitet wird, von besonderem Interesse.

In Moskau ist ein Funkturpud eingetroffen, in dem der Eisenbahnminister, daß er am Sonntag bei Spitzbergen eingetroffen ist. Er wird sofort verlassen, sich dem Eisenbahnminister zu nähern und ihn stütz zu machen. Außerdem sind drei andere russische Führer nach Spitzbergen unterwegs, deren Ankomst an der Unfallstelle für Montag erwartet wird.

In Rudben teilt das japanische Oberkommando mit, daß es in der Nacht vom 7. zum 8. Januar acht Reilen von Sedanbahnstrecke

zu Zusammenstößen zwischen japanischen und einflusslichen Truppen gekommen ist.

Japanische Flugzeuge freilassen am Sonntag über Tschangai und waren flugfähig, da in denen die Befehle der Fronting Division durch die japanischen Truppen angefolgt wurde.

Der Schweizer Bundesrat hat der Verlängerung des Dezember abgelaufenen Kontingentvertrages zwischen der Schweiz und Frankreich bis März 1933 zugestimmt.

Aus Warschau wird gemeldet: In der Nacht zum Sonnabend ereignete sich in der Nachbarschaft von Rodno (Oligajzen) einige bis jetzt nicht ermittelte Täter in das Haus des Kaufmannes Feib ein, ermordeten die ganze aus vier Personen bestehende Familie, plünderten die Wohnung, stießen das Haus in Brand und entkamen mit reicher Beute in unbekannter Richtung. Die vier Opfer des Raubüberfalles fand man, nachdem das Feuer gelöscht wurde, nur als verkohlte Leichen.

In Berlin wurde in der Nacht zum Sonntag ein schwerer Überfall verübt. Auf die Hülferisse des Lieberlanten eilten zwei in die Höhe befindliche Polizeibeamte herbei. Die Täter klisteten darauf und gaben mehrere Schüsse auf die verfolgten Polizeibeamten ab. Einer der Beamten erlitt eine schwere Verletzung. Die Personalfisten des Gefchossenen waren nicht festzustellen, da er keine Papiere bei sich trug. Neben der Leiche lagen eine gelabene Pistole, zwei Magazine, 25 Patronen und zwei Berichten mit Werten. Durch einen zweiten Schuß des Beamten wurde ein Pollant am Oberarm verletzt. Er wurde in das Lazarus-Krankenhaus geschafft.

GA. als Raubmörder

Bombenanschlag auf den „Volksboten“ Bandenraub und Mord an einem Deutsch- nationalen

Stettin, 7. Januar.

In Stettin wurde ein schweres nationalsozialistisches Verbrechen aufgeföhrt. Wie bereits berichtet, wurde in Streithof Kreis Rastow am Silvesterabend der Gurspächer Steinide brandstiftet, niedergebrannt und so schwer verletzt, daß er infolge dessen verstorben ist. Als Täter wurden vier Stettiner Nationalsozialisten ermittelt und festgenommen.

Bei ihrer Vernehmung hat sich, wie das Volkspräsidium in Stettin mitteilt, ergeben, daß mehrere an dem Bombenüberfall in Streithof als Täter beteiligte Personen auch an dem Sprengstoffattentat auf den Stettiner „Volksboten“ am 9. August 1932 beteiligt waren. Es sind daraufhin noch weitere Festnahmen erfolgt. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Das Attentat auf den „Volksboten“ war mit einer Verleumdung durchgeführt worden, die in der Abendausgabe des Verlagsheftes geschehen ist und zur Explosion gebracht worden war. Nur dem Umstand, daß die Wucht der Explosion sich nach außen entlief, war es zu verdanken, daß das vierstöckige Haus nicht in die Luft flog, sondern nur schwer beschädigt wurde. Es wurde schon damals vermutet, daß die Täter, die in einem Auto gekommen und geflohen waren, der nationalsozialistischen Bewegung angehörten. Die Vermutung wird jetzt bestätigt.

Die Polizei hat festgestellt, daß die Banditen mit Waffen ausgerüstet waren, die aus dem Depot der GA. kammen. Bei den Stettiner Stürmen sind daraufhin Durchsuchungen vorgenommen worden, die zur Entdeckung größerer Waffenmengen führten.

Der Bombenüberfall auf den Gurspächer Steinide spielte sich folgendermaßen ab: Die Räuberbande fuhr mit einem Kraftwagen vor dem Haus vor. Sie geschritt zunächst die Telefonleitungen des Hauses, um die Verbrecher mit Mikrophonen bewaffnet und mit dem Ruf „Hände hoch“ in das Büro des Gurspächers ein, der gerade einer Frau die Wohnung ausgabte. Die Arbeiterfrau schrie auf und fürgte aus dem Zimmer, worauf die Verbrecher sofort den Gurspächer niederstöhften. Ein anderer im Büro anwesender Mann wurde von den Raubmördern mit der Waffe in Schach gehalten.

Der von der Mörderbande niedergebrannte Gurspächer war erster Vorsitzender des Kreisvereins Rastow der Deutschen Nationalen Volkspartei, ein bekanntes Stabilmittglied und Vorsitzender des Kriegervereins.

Nazi-Zigarettenfandal

Überall stinkt es

Der Zigarettenfandal der Nationalsozialistischen Partei nimmt immer größeren Umfang an. Zunächst erfuhr man durch die Schreiben der Interatenverarbeitlung der Nazis, daß der große Adolff selbst nach einer längeren Bedröpfung mit den Zigaretten-Großindustriellen Keemtsma den Befehl erteilt habe, die Interate des Keemtsma-Konzerns in der nationalsozialistischen Presse zu veröffentlichen. Der Keemtsma-Konzern hat denn auch selbst in den Naziblättern inseriert. Er ist noch ein übriges und legt seinen Zigarettenproduktionen in der deutschen Jugend zu entfanden. Ebenfalls war die Fremdbörsen Stürms der Nationalsozialistischen Partei jüdisch, daß Hitler und die Nazis auch den israelitischen Juden David Schmur, der bei Keemtsma die Seele vom Buttergeschäft ist, mit in Kauf nahmen, mit der famosen, aber unmaßgeblichen Zigarettenabnahmeführer seien überhaupt nur Juden oder sonstige antisemitische Wüßlinge.

Später wurden dann ganz intime Beziehungen zwischen Keemtsma und der nationalsozialistischen Zigarettenfabrik Sturm in Dresden bekannt. Man hörte u. a. davon, daß der Zigarettenkonzern Keemtsma einen seiner höchsten in die Sturmfabrik nach Dresden delegiert habe. Die Sturmfabrik aber ist ein Ding für sich. Aus den Intimitäten dieser Fabrik teilt uns unser Dresdener Berichterstatter u. a. folgendes mit:

„Die nationalsozialistische Zigarettenfabrik Sturm ist mit Subengeldern finanziert, und

zum Teil der Finanzier kein anderer als der jüdische Kohlenhändler Misrach. Dieser Kohlenhändler stammt aus Mailand und wohnte bis 1929 in Dresden. Gegenwärtig hält er sich wieder in Mailand auf. Misrach ist der Schwager des jüdischen Textilindustriellen Jarrach in Mailand, ein Freund Mussolinis und Finanzier der

italienischen Sozialistenpartei. Es wird auch behauptet, daß Hitler keine ersten Gelder von Jarrach erhalten habe. Bekannt ist auch, daß die Zigarettenfabrik Sturm in Dresden für Mussolinis Ehrenzigaretten hergestellt hat, in einer besonderen Verpackung, die mit dem Mittelwörterband gekennzeichnet war.“ Die Mitteilungen unseres Dresdener Korrespondenten sind zum Teil bereits während der letzten

Wahl in der Öffentlichkeit bekanntgeworden. Die Behauptung, daß Misrach die Sturmfabrik finanziert, ist unseres Wissens schon vor Monaten vor nationalsozialistischen Beraternungsbehörden aufgestellt worden, ohne daß die Nazis etwas dagegen unternommen haben. Sie werden nichts dagegen unternehmen können, weil die Behauptung den Tatsachen entspricht.

Waffenschmuggel durch Oesterreich

Von Italien nach Ungarn — Jochissische Drahtzieher

Eigener Bericht

Wien, 8. Januar (1 Uhr nachts)

In Oesterreich ist, wie die „Arbeiterzeitung“ mitteilt, eine große Waffenschlechte aufgedeckt worden, die weitestlos auch eine außerordentlich große Konsequenzen haben wird.

In den letzten Tagen sind als Eisenwaren deklarierter 10 Waggons mit Gewehren und Maschinengewehren aus Italien in der österreichischen Patronsabteilung in Hirsberg eingetroffen. Die Aufseher fangt ein Commendant mit Namen Giuseppe Corsette, Verona. Empfänger ist die Hirsberger Patronsabteilung. Die Wagen werden jetzt in Hirsberg ungeladen und zwar auf Lokomotivstraße, die

ihren Weg nach Ungarn nehmen. Einige dieser Kraftwagen sind bereits über die ungarische Grenze gegangen. In der Nacht vom 30. zum 31. Dezember sind ebenfalls

10 Waggons Waffen von der gleichen Herkunft über Oesterreich nach Ungarn geschmuggelt worden.

Wichtiges ist in der letzten Zeit verstärkter Spannung zwischen Italien und Jugoslawien sind diese italienischen Waffenschlechte nach Ungarn ein erstes und gefährliches Symptom. Da die Hirsberger Patronsabteilung, die im Mittelpunkt dieses Waffenschmuggels steht, von einem Herrn Mandl, einem bekannten Freund und Förderer der jochissischen Heimwehr geteilt wird, vermutet man, daß bei dieser dunklen Sache die

Beziehungen der Heimwehr und des Herrn Mandl zu den jochissischen Ministern der Bundesregierung

eine bedeutende Rolle spielen. Die österreichische Sozialdemokratie verlangt, daß die Waffentransporte sofort eingestellt und die Waffen beschlagnahmt werden.

Vor etwa 5 Jahren wurde bereits ein ähnlicher Waffenschmuggel an der ungarisch-österreichischen Grenzstation von St. Gotthard durch die Aufmerksamkeit freigelegter österreichischer Grenzbeamter entdeckt, der sich zu einem außerordentlichen Standauftrag herauswusch.

Auch damals stammten die falsch deklarierten Waffenschlechte aus Verona und sie waren für Ungarn bestimmt. Der Stillerbundesrat befohle sich auf mehreren zum Teil recht erregten Tagungen mit diesem Fall, der allerdings dank den Verfolgungsmaßnahmen Ungarns, das natürlich von Italien unterstützt wurde, niemals selbst aufgeföhrt werden konnte.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen damals und jetzt ist jedoch, daß die damalige österreichische Bundesregierung nicht selbst unbeteiligt war und sich um die Aufklärung der Angelegenheit aufdringlich bemühte, während heute die italienischen Sozialisten ihre Helfer und Vertrauensmänner in allen Wiener Kreisen haben.

Mahnungen an Japan

Und ein Pariser Zeitungsfandal

Paris, 7. Januar.

Die Aufforderungen der sozialistischen und eines Teiles der radikalen Presse an die Regierung, ihre Passivität in dem chinesisch-japanischen Konflikt aufzugeben und gegen die japanische Methode schrittweise Stellung zu nehmen, scheinen ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben.

Die „Liberte“ teilt mit, daß Ministerpräsident Paul Boncour den zur Zeit in Paris weilenden französischen Botschafter in Tokio beauftragt hat, der japanischen Regierung mitzuteilen, daß sie noch weitestlos Frankreich einen großen Teil der Verantwortung für die Ereignisse in Schanghai trage. Außerdem solle der

Botschafter die Aufmerksamkeit Tokio auf die Beziehungen lenken, die sich für Japan ergeben würden, wenn Japan die Pflicht haben sollte, seine „Sicherheit“ in der Provinz Jehol durch eine neue Offensiv zu erhöhen.

Die „Liberte“ ist wahrscheinlich wie die meisten französischen Rechtszeitungen von der japanischen Regierung bestochen ist, kritisiert diese Instruktion Paul Boncours und behauptet, daß der Botschafter über die Haltung Frankreichs gegenüber Japan so unruhig gewesen sei und einige Beamte des Quai d'Orsay erklärt hätten, daß eine solche Politik nicht mit den Interessen Frankreichs im Fernen Osten vereinbar sei.

Berständigung um die Nordgrenze

Ein sozialdemokratisches Ersuchen

Hensburg, 7. Januar.

Die Zeitung der Sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Stadtratsorganisation in Hensburg wenden sich mit dem Ersuchen an die Oesterreichische Regierung, ihre Bemühungen um eine schiedsrichterliche Revision des Berliner Vertrages wegen der Nordgrenze zu unterstützen.

Durch den Berliner Vertrag ist Dänemark zur Hensburg gehörende Kollunder Wald zugespunden worden. Der Wald ist heute noch Eigentum der Stadt Hensburg, ohne daß die Hensburger die Möglichkeit haben, den Wald und den Strand ohne Grenzsteine zu besuchen.

Jetzt soll durch diese einzige Erholungsstätte der Stadt Hensburg eine breite Chaussee gezogen werden, zu deren Bautosten auch das Reich einen Beitrag bereitgestellt haben soll. Die Sozialdemokratischen Hensburger wenden sich gegen diese Grenzpolitik und erludt die Reichsregierung, in Verhandlungen mit Dänemark einzutreten, damit der unmittelbare vor Hensburg gelegene Wald zu Deutschland geslagen werde. Schwierigkeiten von dänischer Seite sind kaum zu erwarten. Man hofft deshalb nach einer Verständigung zwischen Deutschland und Dänemark auf die Einwilligung der Vertragsmächte zu dieser Revision des Berliner Vertrages zu erhalten.

Denen Reizung zur sofortigen Überlegung der meist Offiziere hat, scheint eine Regierungskrise unermesslich zu sein. Der zur Zeit im Zustand melende Außenminister Titulescu ist telegraphisch heimgerufen worden.

Maniu weicht Carol

Rumänische Regierungskrise

Eigener Bericht

Die nationalparlamentarische Regierung Maniu ist in kritischer Situation, die zu ihrem Rücktritt führen dürfte.

Seit Übernahme des Ministerpräsidentiums steht Maniu mit dem König im Kampf um den Abbau jener aktiven Generale, die unter dem Königinet Jorga auf Wunsch des Königs an die Spitze verschiedener wichtiger Zivilverwaltungen gestellt worden waren. In den letzten Wochen vermehrte die Regierung den Rücktritt zweier Generale von der Leitung der Post und der Staatsbahn durchzuführen. Dieser Tage trat ein General, dem im Frühjahr die gesamte Bundespolitik unterstellt worden war, zurück. Einen harten Kampf führen Maniu und Innenminister Nicolae jetzt um den Abbau des Butarester Polizeipräsidenten sowie des Chefs der Gendarmerie, ebenfalls zwei höhere aktive Offiziere, die sich oft gegen die Regierung gewandt und erklärt haben, daß sie sich nur durch königliches Dekret abberufen ließen. Die rebellische Haltung der beiden Offiziere hat den Innenminister veranlaßt, vom König deren sofortige Abberufung zu verlangen. Da sich der Ministerpräsident mit dem Innenminister solidarisch erklärte, andererseits jedoch der König

keinen Reizung zur sofortigen Überlegung der meist Offiziere hat, scheint eine Regierungskrise unermesslich zu sein. Der zur Zeit im Zustand melende Außenminister Titulescu ist telegraphisch heimgerufen worden.

Das Brak der „Atlantique“

Paris, 7. Januar.

Das Feuer auf dem Brak der Atlantique baute am Sonnabend im Schiffsinnen noch an. Besonders aus dem Mittel- und Vordersteck drangen noch die Rauchschwaden. Wenn sämtliche Brandherde erlosch sind, das eingedrungenen Wasser ausgepumpt ist, soll festgestellt werden, ob das Brak in das Trenndock von Überburg gebracht werden kann. Der Minister für die Handelsmarine hat inzwischen einen Sachverständigenauschuß ernannt, der mit ihm nach Überburg abgereist ist. Die Sachverständigen sollen, soweit das noch möglich ist, die Ursachen des Brandes und seiner schnellen Ausbreitung feststellen, damit auf den übrigen französischen Schiffen Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden können. Das Breiten des Braks ist vor Anfuhr der Sachverständigen jedermann strengstens verboten.

Im Bezug auf den Streit, der um den Befehl des Braks zwischen Franzosen und Holländern zu entstehen scheint, hat der Kommandant des französischen Minenegers, der die Fischleppungsarbeiten überwacht hat, eine Erklärung abgegeben, aus

Nazis verflagen sich

Der Streit in der ostpreussischen Landwirtschaftskammer

Das Königsberg wird gemeldet: Der nationalsozialistische Vorstand der Landwirtschaftskammer für Ostpreußen hat, wie er mitteilt, gegen den früheren Präsidenten, den Nationalsozialisten Freiherrn von Butlar, Strafantrag gestellt „wegen der hitlerischen Verdrängungen und Verleumdungen“, die dieser in einem kürzlich veröffentlichten Briefe erhoben habe.

Butlar hatte in diesem Briefe die Behauptung aufgestellt, daß in der Landwirtschaftskammer auf Befehl des Gauleiters Koch auch ungeeignete Angestellte mit dem Parteibuch der Nationalsozialisten gehalten werden müßten, daß bei einer Fraktionslösung das Wort gefallen sei, „für Butlar gibt es nur eins: entweder die Kugel oder auswandern“.

Daß der Nachfolger Butlars, der neue nationalsozialistische Kammerpräsident Bechle, und dessen engster Mitarbeiter in enger Beziehung zum „Laternen“ ständen und daß Koch Anhänger von Otto Straßer sei. Die agrarpolitischen Sachverständigen Hitlers leitete Butlar weiter in diesen Briefe als ehrgeizige elite und empfindliche Menschen. Schließlich erklärt Butlar, daß die ostpreussische Bauernschaft von Koch in schlimmster Weise zu parteipolitischen und egoistischen Zwecken mißbraucht werde.

Kommunistische Maulaufreißer

Wenn A.S.D. Mann einen Arbeiter vertreten soll

Im Maulaufreißer sind die Kommunisten Weisser. Wenn sie aber für irgendeinen Arbeiter, der um Brot und Recht kämpft, etwas leisten sollen, dann ist es aus mit ihrem Können. So hat ein entlassener Eisenarbeiter im Kreis Bitterfeld vor dem Schiedsgericht über zu seinem Schaden die Intelligenz der Vertreter der A.S.D. kennen lernen müssen.

Bevor sich die A.S.D. mit dem Fall des entlassenen Eisenarbeiters näher beschäftigen, mußte dieser erst einen Versuch in Höhe von fünf Mark zahlen. Zur Verhandlung erschien aber ein Mann, der von Zuten und Wiesen keine Ahnung hatte. In der Verhandlung machte man mit dem A.S.D.-Vertreter kurzen Prozeß. Man fragte ihn: „Was wollen Sie eigentlich?“ Seine Antwort lautete: „Ich weiß es nicht.“ Der Eisenarbeiter muß es wissen.“ Darauf der Richter: „Sie gehen doch so, daß hier nichts zu machen ist?“ Antwort des A.S.D.-Mannes: „Ja, das muß ich schon.“ Und damit war die glanzvolle Betätigung des entlassenen Eisenarbeiters durch die A.S.D. zu Ende. Der laubere A.S.D.-Vertreter machte einen föhlichen Anlauf vor dem Schiedsgericht und dann machte er sich auf die Straße. Der von ihm vertretene Eisenarbeiter aber sog mit langem Gesichte von Dammern.

Dieser Eisenarbeiter war früher beim Deutschen Bundesarbeiterverband organisiert. Er glaubte aber dem großen A.S.D. der Kommunisten und ließ die A.S.D. nach. Diese hat ihn und sich stamelt und dafür — ihm auch noch fünf Mark abgenommen.



Der Straßenbahner einst und jetzt

Noch einige Worte zur Betriebsrätewahl bei der Behag

Anlässlich der Bemühungen der SPD, die Betriebsräte wählen bei der Behag parteipolitisch auszugleichen, wollen wir heute ein wenig an frühere Verhältnisse erinnern. Wie schon bemerkt, ist das Vorgehen der SPD nicht neu. In ähnlicher Weise ist die SPD schon immer vorgegangen, so auch einst in den größeren Betrieben in Halle. Wir greifen heute nur zwei Betriebe heraus, die Fallische Zuckerrübenfabrik und die Magdalenenfabrik Franz Schöne. Dort war es der zuständigen Gewerkschaft, dem Bahnbetriebsverband, nach dem Kriege gelungen, die Betriebsräte selbst zu organisieren, mit dem Ergebnis, daß die Arbeitsverhältnisse gegenüber früher ganz bedeutend verbessert wurden. Da mischte sich die SPD in die internen Angelegenheiten der Belegschaft, mit dem weiteren „Erfolg“, daß

die Einheitsfront geschlossen wurde, daß die meisten Belegschaftsmitglieder aus ihrer Gewerkschaft wieder austraten und daß

heute die Arbeitsverhältnisse längst nicht mehr so günstig sind wie sie waren.

Die „kümmerlichen Reste der sozialen Errungenschaften“, wovon der „Klassenkampf“ am Freitag schrieb, würden besonders in diesen Betrieben auch nicht mehr bestehen, wenn nicht die mit Hilfe der freien Gewerkschaften zum Teil gegen die Stimmen der SPD beschlossenen Gesetze die Unternehmer verpflichten würden, diese Reste noch zu gewähren. So ist es auf dieser Bahn, die die SPD schreit, noch lange weiter, dann dürften auch diese „kümmerlichen Reste“ bald verschwinden sein, und wir wären zu den Zuständen zurück, die vor dem Kriege herrschten.

Weshalb die Straßenbahner sollten sich auffordern, denn sie würden vor dem Kriege mit der Kategorie Arbeitnehmer, die im Arbeitsverhältnis überhaupt nicht mitbestimmen konnten.

Wir haben bereits einige Beispiele über Rechtslosigkeit mitgeteilt, halten es aber für notwendig, sie noch zu ergänzen. Da ist zunächst

die Verweigerung des Reaktionsstreiks, des Rechts, sich in seiner Betriebsorganisation zu manövrieren, hinzuzurechnen. Dabei wurden selbst die christlichen Gewerkschaften nicht verschont, die doch bestimmt alles andere, nur nicht den Umsturz des bestehenden Staates, herbeiführen wollten. Trotzdem erhielt die Direktion der Dortmunder Straßenbahn im Mai 1905 nachstehende

Bekanntmachung.

„Alle die Mannschaften, welche die eingereichten Lohnforderungen unterschreiben haben, werden aufgefordert, bis zum 31. Mai abends einen Avers zu unterschreiben, laut welchem sie sich verpflichten, an keinem Streik teilzunehmen und der christlichen Gewerkschaft nicht anzugehören resp. aus derselben auszutreten.“

Die Straßenbahn Rheinl. schloß sich dem widrig an:

„Der Schaffner Simon ist in der Zeit vom 15. Februar 1900 bis zum Mai 1902 bei der hiesigen Verwaltung beschäftigt gewesen. Derselbe war Mitglied der hiesigen Ortszweigschaft. Seine dienstliche sowie außerdienstliche Führung war tadellos. Der Unterzeichnete ist sich veranlaßt, dem Simon zu danken, weil er als Vorkämpfer der hiesigen Ortsgruppe der christlichen Straßenbahnerverbandes eine den hiesigen Straßenbahnerbelegende Reklame erbe eingeträchtigt hatte.“

Rheinl. den 12. Mai 1902.

Städtische Straßenbahn Rheinl.

Der Betriebsleiter: Jued.

Eingeschaltet ist bemerkt, daß im katholischen Rheinland damals die vom Zentrum protegierten christlichen Gewerkschaften dominierten. Aber natürlich wurden die freien Gewerkschaften damals nicht anders, im Gegenteil noch viel schlechter behandelt, was nachstehendes, vom 8. Juni 1900 datiertes Schriftstück beweist:

„Große Berliner Straßenbahn. Welche Berliner Vorortbahn. Städtische Berliner Vorortbahn.“

Vom Zentralverband der Sanitäts-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands werden die Angehörigen der Großen Berliner Straßenbahn zu heute abend zwischen 11 bis 3 Uhr nach der Teilnahme an 5 Versammlungen

für die Bahnhöfe Rannischehofstraße, Schöneberg, Kleine Frankfurter Straße und Hakenberg, Ostbahnhof, Demmler Straße, Kienberg, Ostbahnhof, sowie Rixdorf eingeladen, wobei darüber verhandelt werden soll, wie die Direktion ihr Versprechen erfüllt hat und außerdem die Wahl einer Deputation von 10000000 vorgeschlagen werden soll. Da Verhandlungen über eine beratende Tagesordnung mit der notwendigen Disziplin nicht vereinbar sein würden, wahren wir hiermit unsere Angehörigen vor einer Beteiligung daran mit dem Bemerkten, daß zum Berathenden Ent-

fernung aus dem Dienste zu gewährleisten haben würden.

Die Direktion.

Heute weiß jeder Straßenbahner, daß es Verbote, sich zu organisieren oder Versammlungen irgendwelcher Art zu besuchen, nicht mehr gibt. Heute kann jeder Stellung nehmen zu Angelegenheiten, die ihn betreffen. Das ist in erster Linie auf die Tätigkeit der freien Gewerkschaften zurückzuführen, die heute von der SPD und KPD mit den gemeinsten Mitteln bekämpft werden. Deshalb ist es auch Grenzfälle eines jeden Straßenbahners, wie überhaupt eines jeden Behag-Arbeiters, bei der Betriebsrätewahl nur für die freigezwungene Belegschaft.

Die Liste 1 (Seelig, Wiltner, Einberberg), zu stimmen und damit jeder Zerplitterung der Einheitsfront der Belegschaft entgegenzutreten.

Arbeitsgericht Halle gegen Reichsbahn

Reichsbahn-Personalpolitik unsozial

Eine grundsätzliche Entscheidung zugunsten der Gewerkschaft

Das Urteil, das das Arbeitsgericht Halle (Reichsbahnabfahrmann) unter Vorsitz von Amtsrichter Dr. Faberlorn am 6. Januar in Einprüfungsgegenstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands gegen die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft gefällt hat, ist von grundsätzlicher Bedeutung, da es dem Standpunkt der Gewerkschaft in den wesentlichen Punkten Recht gibt.

Die Deutsche Reichsbahn hat am 30. September 1932 rund

50 000 Arbeiter entlassen

mit der Begründung, für ihre Weiterbeschäftigung sei kein Geld mehr vorhanden. Im Direktionsbezirk Halle kamen dabei 3700 Arbeiter zur Entlassung. Wie folgt der Standpunkt der Bahn nach, geht bereits daraus hervor, daß schon einige Tage später wieder 1000 Mann eingestellt worden sind. Die Folge der vorgenommenen Entlassungen waren zahlreiche Einprüfungsgegenstände der Entlassenen. Das Arbeitsgericht Halle verurteilte am 6. Januar zuerst einmal über drei Fälle, die Eingruppierung der Bahnarbeiter Dinte (Schwammelherer, Leipzig-Bahnen), Pils und Schellenberg (Schwammelherer, Leipzig).

Der Standpunkt des Verbandes ging dahin, daß zu prüfen sei, ob die Angabe der Bahn, daß aus Geldmangel die Weiterbeschäftigung nicht mehr möglich ist, richtig ist. Bei der Wiederholung zu verzeichnen finanziellen Hilfe des Reiches gegenüber der Reichsbahn wäre es möglich zu machen, die Mittel für die Beschäftigung der Arbeiter aufzubringen, zumal von der Reichsregierung auch die Frage der Arbeitsbeschaffung, insbesondere auch durch die Reichsbahn, in den Vordergrund gestellt worden ist. Aber auch schon bei einer Überprüfung des Etats der Reichsbahn ergeben sich Möglichkeiten, die Entlassungen zu vermeiden.

Nur die Leistungsbedingungen seien 15 Millionen Mark im Etat (dabei betragen 8, 8 im ganzen Bezirk Halle die Arbeiterlöhne mit 4 Millionen Mark), weiter Millionenbeträge für Sonberegalt und Mehrleistungszulagen, ganz zu schweigen von den über hohen Gehältern leitender Reichsbahnbeamten, die weit mehr bekommen als gleichartige Reichsbeamte. Die Gewerkschaften fordern ferner die Einführung von Feiertagen.

Den Vertretern der Reichsbahngegenseitigkeit waren die Argumente des Verbandes sichtlich unangenehm. Sie verlusten sich fortgesetzt auf den Standpunkt des sogenannten Direktionsrechtes zurückzuführen. Das ist eine Erfindung der hohen Reichsbahnbürokratie, die dem bekannten Herrn-in-Saule-Standpunkt der Privatunternehmer gleichkommt. Eine Nachprüfung der Verwendung der Staatsmittel der Reichsbahn gehöre nicht zur

Zuständigkeit des Arbeitsgerichts. Das Arbeitsgericht habe lediglich nachzuprüfen, ob

die Entlassungen für die Kläger eine unbillige Härte darstellen, es dürfe aber nicht unterliegen, ob bei anderer Verteilung der Betriebsmittel Gelder für die Weiterbeschäftigung freizumachen sind. Das wäre ein Eingriff in das Direktionsrecht der Bahn. Der Gerichtsvorsitzende war aber anderer Auffassung und forderte genaue Auskünfte über die von den Gewerkschaftsvertretern angegebenen Verhältnisse.

Nachdem immer wieder ausdrücklich nach der Direktionsvertreter dazu Stellung. Auf gegenüber den gebotenen Feiertagen nahmen sie eine ausreichende Haltung ein. Während bei den Handwerker in den Betriebsverhältnissen Feiertagen bereits eingeführt sind, soll nach Meinung der Reichsbahn die geforderte Ausdehnung der Feiertage nicht auf die Arbeiter „schon nicht durchführbar“ sei.

Wenn dem Standpunkt der Reichsbahn Recht gegeben worden wäre, dann könnten die Arbeitsgerichte nur noch darüber entscheiden, ob eine Entlassung im Hinblick auf den davon betroffenen Arbeiter berechtigt ist oder nicht, niemals aber könnten sie nachprüfen, ob überhaupt

entlassen werden muß oder nicht.

Die Direktionsvertreter waren der Meinung, daß jeder Dienststelle von der Verwaltung vorgeschrieben würde, sondern viele Leute können beurlaubt werden, also müsse sich das Gericht damit abfinden. Wie die Reichsbahnverwaltung ihren Etat gestalte, die die Gerichte nichts an.

Da die Reichsbahn einen vom Vorstehenden wiederholt angebotenen Vergleich ablehnte, kam es zur Urteilsverkündung. In den Fällen Linde und Pils wurde

die Reichsbahn zur Wiedereinstellung verpflichtet

bis zur Zahlung einer Entschädigung von 750 M. bzw. 450 M. Schwellenberg wurde abgewiesen. Das Gericht erklärte im übrigen, daß es sich für befugt halte, auch die Ausgaben der Verwaltung, die die Leistungsbedingungen usw. nachzuprüfen. Zu der ebenfalls im Rahmen dieser Verhandlung mit angehängten Frage der Aufschlüsselung von Arbeitern zwischen den einzelnen Dienststellen wurde beschlossen, daß keine Verpflichtung zum Austausch in einem solchen Rahmen besteht, wie er bei der Reichsbahn erfolgt. Dagegen wurde hinsichtlich der Ausgabe gefordert, daß vom Arbeitgeber verlangt werden muß, die Entlassung von Feiertagen nachzuprüfen, ehe Entlassungen vorgenommen werden. Das Gericht nahm auch Stellung zu den Reklamen, die die Reichsbahn von ihren Arbeitern hat unterzeichnen lassen mit dem Zweck, den Einprüfungsgegenständen Entlassungen ihnen zu nehmen. Diese Reklame werden zwar nicht als unbillig bezeichnet, ihnen aber keine ausgleichende Bedeutung beigemessen, da diese Unterzeichnung unter wirtschaftlichem Druck geschehen ist.

Wo ruft die Pflicht?

SPD, Ortsverein Halle

Ortsbezirksversammlungen

- Donnerstag, den 12. Januar, abends 8 Uhr:
1. Ortsbezirk: Restaurant Max Kloppe, Gartenbergstraße.
 2. Ortsbezirk: Restaurant „Zum gemächlichen Frig“, Kleine Straußengasse.
 3. Ortsbezirk: Restaurant „Zurmergöblichen Grünstraße“.
 4. Ortsbezirk: Restaurant „Wassermühl“, Bollberg.

Freitag, den 13. Januar, abends 8 Uhr:

1. Ortsbezirk: Restaurant „Schöner“, Traube.
2. Ortsbezirk: Restaurant Müller, Kröllwitz.
3. Ortsbezirk: „Vollpark“, Burgstraße 27.
4. Ortsbezirk: „Gewerkschaftshaus“, Satz 42/44.
5. Ortsbezirk: Restaurant „Zurmergöblichen Grünstraße“.
6. Ortsbezirk: Restaurant „Kafete“, St. Augustin.
7. Ortsbezirk: Restaurant „Wollmann“, Kreisfeldstraße.
8. Ortsbezirk: Restaurant „Zwingerhöfen“, Zwingerhöfen.
9. Ortsbezirk: Restaurant „Bernhardystraße“, Thomaststraße.
10. Ortsbezirk: Bergarbeiterhaus, Lobenergr. 39.
11. Ortsbezirk: Restaurant „Schreibergarten Süd“, Elfa-Bräustrom-Straße.

In allen Versammlungen wichtige Tagesordnung, wo es ihnen um die Mitglieder werden erbeten, pünktlich zu erscheinen.

Sonntag, den 14. Januar, abends 8 Uhr:

Gedenkfest Karl Liebknecht-Karl Luxemburg im „Vollpark“, Redner: Dr. Rosa Schröder (Berlin).

Freitag, den 20. Januar, abends 8 Uhr:

Große Funktionärsführung im „Vollpark“, Kleiner Saal.

Freitag, den 27. Januar, abends 8 Uhr:

Generalversammlung im großen Saal des „Vollparks“.

Sonntag, den 29. Januar, vormittags 10 Uhr:

Arbeitsbelegungsversammlung im „Vollpark“.

Wir eruchen alle Gewerkschaften und Vereine, diese Tage für die Partei freizugehalten.

Der Reichsbahn wurde im übrigen aufgegeben, nachzuprüfen, inwiefern Wiedereinstellungen unter Berücksichtigung des am 1. Oktober in Kraft getretenen Feiertagenabkommens möglich sind. Die Reichsbahn wird gut tun, ihre bei den von ihr vorgenommenen Entlassungen tageweise unsoziale Personalpolitik endlich einer Korrektur zu unterziehen, denn was nützen alle Anrufungsberichte und Arbeitsbeschaffungsprogramme, wenn ein so wichtiger Arbeitgeber, wie die Reichsbahn, fortgesetzt Abwärtstendenzen zeigt.

Den Vater erschaffen

Durch Unachtsamkeit beim Gewerksreinen

Ein tragischer Unfall ereignete sich in der Nacht vom Sonntag, den 24. Januar in der Reichsbahn-Station in Halle. Der 24-jährige Reichsbahnarbeiter, der nach Hause zurückgekehrt und überließ seinem 13jährigen Sohn die Reinigung seines Jagdgewehrs. Während Wärende sich in die Kasse begab, nahm der Junge die Wärende an dem hinteren Röhre fest. Ein Schuß, der Wärende offenbar im Brustbereich traf. Die Schrotladung drang dem Vater in die Brust. Er starb sofort. Sein Sohn wurde schwer verletzt.

Drauner Bluff

Mit Raus und Ruh und Wagen, So hat sie Bluff gespielt.

Unbeschadet von der großen Öffentlichkeit hatte die Arbeitsleitung der Reichsbahn am gestrigen Sonntag einen „Propaganda-Urlaub“ veranstaltet. Für den Oberbezirk Garmisch-Partenkirchen dieses glückliche Schicksal veranstaltete sie ein Geheimnis. Drauner waren eine auf den Straßen zu sehen, hoffentlich, daß an den großen Klagen einige Neugierige beim Vorbeimarsch stehen blieben. Nur in der Lortzstraße hämmelten die vom Geheimnis ein wenig.

Wahler Umjublung, wenn man sich vor Augen hält, wie die Nazis noch im Sommer des vergangenen Jahres bei ihren Unzulänglichkeiten von einem Teile der Bevölkerung demontiert mit „Geld Hüter“ empfangen und als die Retter aus der Not begrüßt wurden. Dieses Mal? Eine etwas peinliche Angelegenheit für alle die, die aus Angst vor der „Ramenhaftigkeit“ der eigenen Reges noch mitmachen mußten. Der dieser „Geld Hüter“ mit diesen armenigen Gestalten, die ein fäures Schicksal aus der dumpfen Profiteure des Reichsbürgertums aufgeschauelt hat und die da ohne

Heute 20 Uhr im SAJ.-Heim

Große Märkerstraße 7, Seitengebäude, III. Stock:

Beginn des Kurses: Planwirtschaft

Leiter: Wirtschaftsredakteur Genosse Fuchs (Leipzig).

Alle Genossinnen und Genossen, die sich über die Planwirtschaftsgedanken informieren wollen, werden um pünktl. Erscheinen gebeten. Teilnahme kostenfrei.

(Sonderdruck: Leipzig Nr. 2002.)

Erst: ein Pelzgeschäft — dann: eine große Landplage

Um die Neugruben-Genossenschaft

Merseburgs Bevölkerungsbilanz 1932
Für den letzten Monat des Jahres 1932...

Die Gesamtzahl für das Jahr 1932 ist ein Geburtenüberschuss von 163 zu Verstorbenen...

Angesichts der elenden Lage, in der sich gerade die Arbeiterfamilien befinden...

Das Problem der amerikanischen Bismartrate...

Die Arbeiterfamilien tragen jetzt Leiden über das...

Die Bismartrate ist ein wassertraktantentypischer...

Das Problem der amerikanischen Bismartrate...

amerikanischen. Deshalb stellte ihnen niemand...

von Dobris aus nach allen Himmelsrichtungen...

Neue Verarmungsgebiete hat sich in Europa ange-

Der erste Weltkrieg, der Ende April oder Anfang...

Man meinte sich in Deutschland natürlich sofort...

Wenn man die Bismartrate fest, wird man sie...

Das Problem der amerikanischen Bismartrate...

Derberg. Vor langer wurde eine Unter-
genossenschaft der Elter-Genossenschaft, die Neugruben-Genossenschaft...

Kreis Siebenbrunn

Aus der Ländchen-Konferenz

Landshammer. Die Ländchen-Konferenz, die...

Im zweiten Punkt: Aufgaben im neuen Jahr...

Unter Abend in Merseburg

Vom Theaterverein wird uns mitgeteilt, daß...

Als Mitgliedungsbeitrag im Monat Januar...

Die Zahl der Arbeitslosen in der Stadt...

Unterhaltungs-Mittelteil. In einem kleinen...

Ein tapferer Knabe. Eine mutige Tat voll-

Leuna. Mägenfunde. Beim Bau eines...

Schwindel. Unterschlagungen. Der...

Corbeira. Von Salzsäure übergriffen...

Kreis Querfurt

Merseburg. Brennholzversteigerung...

Die Oberförsterei verbotenen Donnerstag...

Ellenburg

Magistat schafft Arbeit

Der eigenen Initiative sowie den Anträgen...

Die Arbeitervereine des Parteibereichs...

Kreis Delitzsch

Delitzsch (Stadt)

Zu neuer Arbeit geübt

Die Hauptverwaltung des Parteibereichs...

Die Arbeitervereine des Parteibereichs...

Ellenburg

Magistat schafft Arbeit

Der eigenen Initiative sowie den Anträgen...

Die Arbeitervereine des Parteibereichs...

Wann der Arbeit, aufgewacht!

Sehen. Die Arbeitslosen erwachen vom...

Die Arbeitervereine des Parteibereichs...

